



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Grenzboten und die kaiserliche Regierung.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Grenzboten und die kaiserliche Regierung.

Seit die gegenwärtige Redaktion der Grenzboten besteht, verfiel unsere Wochenschrift die leitenden Grundsätze des Programms, welches Andriani aufgestellt hat: Politische Trennung des Kaiserstaats von den deutschen Staatenbildungen, föderative Organisation des österreichischen Staats mit einer starken Reichsregierung, und ein völkerrechtliches Bündniß zwischen Oestreich und dem deutschen Bundesstaat. Für diese Prinzipien, von deren consequenter Durchführung uns alles politische Heil Oestreichs und Deutschlands abzuhängen scheint, haben wir uns im Jahre 48 mit der großdeutschen Demokratie Wiens herumgeschlagen, und im Jahre 49 gegen das Ministerium Schwarzenberg gekämpft, welches seit der Auflösung des Reichstags von Krennler allmählig von dem Boden seines eigenen Programms, welches den Ueberzeugungen unseres Blattes sehr nahe stand, herunter gedrängt und zu einer Reihe von unerhörten und höchst gefährlichen Maßregeln getrieben worden ist, welche jetzt wie ein Netz die unheiligen Häupter umstricken und von den Ministerseffeln herabziehen. Wir stehen in Waffen gegen das Ministerium, weil wir hinter den revolutionären und unsittlichen Maßregeln desselben einen Abgrund gähnen sehen, der mehr verschlingen wird, als die Personen der Minister. Seit jenem Schwindler Law hat es kein unsolideres, Treu und Ehrlichkeit mehr vernichtendes Verfahren gegeben, als die Finanzoperationen der kaiserlichen Regierung sind; seit dem dreißigjährigen Kriege keine so gefeglose und tyrannische Soldatenherrschaft, als jetzt auf den meisten Provinzen des Staates liegt; seit den Organisationsplänen der französischen Revolution kein so gefährliches Spiel mit papiernen Gesehentwürfen und unausführbaren Organisationsplänen. Das Glend, welches durch alle diese Maßregeln in den Kaiserstaat hereingeschleppt worden ist, beginnt jetzt auch dem Kurzsichtigen klar zu werden. Und wer den Staat liebt, und seine Existenz für etwas Nützliches und Großes hält, der hat die ernste Pflicht, dagegen aufzutreten, ohne Schonung und ohne Furcht. Außer der blöden oder vertrauenden Masse, welche Jedem folgt, der die Macht in Händen hat, besitzt die gegenwärtige Regierung Oestreichs in den Gränzen des Reiches nur eine Klasse von Verbündeten, die demokratischen Pessimisten, welche mit kaltem Lächeln zusehen, wie der Staat der Habsburger zu Grunde geht. Glücklicherweise ist diese Partei in Oestreich weniger zahlreich, als in andern Staaten. Unsere Partei aber, die man in Deutschland mit vieldeutigem Wort die liberale nennt, ist jetzt in und für Oestreich die conservirende; sie will die Redlichkeit conserviren, das Gesez, das kaiserliche Wort, das Leben der Provinzen, weil nur durch die Conservirung von alle dem der Bestand des kaiserlichen Staates möglich wird. Und die das nicht wollen, oder richtiger gesagt, die das nicht mehr können, auch wenn sie wollen, das sind die gegenwärtigen Regenten des Staats, die Generäle und das Ministerium Schwarzenberg. Und in diesem Sinne

sind die Grenzboten conservativ, die Generäle aber und das Ministerium arbeiten für den Radicalismus und Communismus. X

Wir haben ein Recht gewonnen, dies grade jetzt mit Nachdruck auszusprechen, die kaiserliche Regierung selbst hat uns Veranlassung dazu gegeben. Schon längst hatten die Generäle die Lectüre der Grenzboten fast überall, wo der Belagerungszustand herrschte: in Wien, in Galizien, in Ungarn, sogar in Triest auf eigene Hand verboten. Herr von Welden hat sogar arme Schelme, Kellner u. s. w., welche die Wochenschrift ausgelegt hatten, bevor diese durch irgend eine obrigkeitliche Publication verboten war, mit Gefängnißstrafe belegt und die kleinern Regierungsblätter sind eifrig bemüht gewesen, uns als einen Abgrund von sittenlosem Communismus in finsterner Schwärze abzumalen; wir haben keinen Grund gehabt, darüber Worte zu machen. Es war nicht mehr als natürlich, daß auch die Grenzboten ihren Antheil an den Verdächtigungen, Verfolgungen und dem Schaden zu tragen hatten, welcher seit einem Jahr, seit Stadions Austritt, die Partei der liberalen Patrioten getroffen hat, es war leicht, die Maßregeln der tapfern Generäle zu übersehen, deren menschliche Bildung grade hinreichend war, uns mißzuverstehen, und die loyalen Federn zu ignoriren, welche fast sämmtlich ihre Dinte schon im Jahre 1848 gegen uns gespritzt hatten, damals freilich, weil wir zu conservativ waren. Wir haben das Glück gehabt, seit zwei Jahren fest auf demselben Princip zu stehen und unsere Ueberzeugung ehrlich aussprechen zu dürfen, während die Generäle im Jahr 1848 mit den liberalen Elementen schön thun, der unglückliche Latour sogar die Ungarn und den Reichstag belügen mußte; während der größte Theil der Journalisten, welche jetzt für das Ministerium schreiben, damals demokratischen Unsinn gegen die Regierung in das Volk schleuderte. X

Jetzt aber hat die gegenwärtige Regierung des Kaiserstaats einen officiellen Schritt gegen unser Blatt gethan, welcher so charakteristisch für sie, und bei uns in Deutschland so auffällig ist, daß wir die Verpflichtung fühlen, ihn bekannt zu machen.

Seit Jahren ist Herr Jakob Kaufmann aus Böhmen Mitarbeiter des Blattes. Sein grader Sinn, seine schalkhafte Laune und sein eleganter Stil werden ihn vielen unserer Leser werth gemacht haben, uns war er ein treuer Gehilfe bei dem technischen Theil der Redaktion und ein liebenwürdiger, zuverlässiger Freund. Ueberall, wo er persönlich bekannt ist, — und das ganze literarische Oestreich kennt ihn — werden ihm die Prädikate eines edlen, warmherzigen Menschen, der eine seltene Harmlosigkeit und eine sehr uneigennützigige Liebe zu seinen Mitmenschen besitzt, gern zugestanden werden. Er lebte hier in Leipzig auf Grund eines östreichischen Passes, welcher bis zum October dieses Jahres gültig ist. Da wurde durch die östreichische Gesandtschaft in Dresden an die sächsische Regierung die Forderung gestellt, ihn wegen aufreizender Artikel in den Grenzboten polizeilich auszuweisen und mit Zwangsvisum in seinem Paß

nach Wien zu senden. Die sächsische Regierung verfügte über ihn, ohne Rücksicht darauf, daß er bis zum October mit einer hiesigen Firma, unserer Buchhandlung, in einem Contraktsverhältniß stand, dessen plötzliche Lösung vor der Zeit nicht ohne Verluste für sächsische Bürger sein konnte. Er wurde ausgewiesen. —

Wenn gegen Herrn Kaufmann in Oestreich ein kriminalrechtliches Verfahren eingeleitet gewesen wäre, so war die kaiserliche Regierung auf Grund der bestehenden Verträge vollkommen berechtigt, ihn zurückzufordern, und die sächsische verpflichtet, ihn anzuliefern. So aber stand die Sache nicht.

Es geschah die Ausweisung eines besonnenen gemäßigten Mannes, welcher hier allgemein geachtet wurde, nicht auf Requisition einer Gerichtsbehörde, sondern in Folge der Forderung eines Ministers, oder Beldens, oder gar der Umgebung des Kaisers, und der Grund der Ausweisung war, daß Herr Kaufmann durch seine Anwesenheit in Leipzig, d. h. seine Thätigkeit bei den Grenzboten der fremden Regierung unbequem geworden war. Man beseitigt ihn, indem man ihn in das Land zurückzieht, vielleicht in ein Gefängniß setzt, vielleicht auch nicht, je nachdem grade der Humor der Gewalt ist.

Unter diesen Verhältnissen war die sächsische Regierung nicht verpflichtet, unsern Freund auszuweisen, und die österreichischen Minister hatten kein Recht, einen Bürger des Kaiserstaats zurückzufordern; ihr Recht war in diesem Fall höchstens, ihm im October seinen Paß nicht zu prolongiren, und dadurch seine Rückkehr zu bewirken. In Berlin, wo man als Fremder keineswegs übermäßig sicher vor polizeilicher Ausweisung ist, wenn das eigene Interesse der Regierung eine solche wünschenswerth erscheinen läßt, wird doch ein solches Verlangen der fremden Regierungen, mit welchen die preußische zur Zeit in Kartell steht, entschieden zurückgewiesen. Und doch hatte Sachsen bis jetzt mehr Grund, mit der Humanität und der toleranten Praxis seiner Verwaltungsbehörden zufrieden zu sein, als sein größerer Nachbar.

Daß die Ausweisung einen Unschuldigen getroffen, daß Herr Kaufmann gar nicht Verfasser der wahrscheinlicherweise anstößigen Artikel gewesen ist, sei hier nur nebenbei erwähnt.

Wenn nun das Verlangen der österreichischen Regierung ein Akt ungeschickter und nutzloser Tyrannei war, so kann man doch fragen, wozu die Klage darüber? Wo durch falsche Maßregeln der Regierung das Eigenthum von Millionen, das Leben von Tausenden geschädigt und zerstört wird, was liegt da viel an der polizeilichen Affentirung eines Einzelnen? Uns liegt daran. Wir haben es zu einer Aufgabe unseres Lebens gemacht, die Idee einer gesunden und vernünftigen Organisation des Kaiserstaats zu verfechten; aber in einem Punkt sind wir keine Oestreicher. Wir haben nicht gelernt, Unrecht schweigend zu ertragen; und für die — nicht allzuwürdige — Maßregel des Hasses, welche der kaiserlichen Regierung gegen uns beliebt hat, werden wir die Rache nehmen, welche wir für würdig halten.

Wir werden fortfahren, die gegenwärtige Lage Oestreichs, so wie sie in Wahrheit ist, darzustellen, die Männer, welche jetzt regieren, und ihre Handlungen zu beurtheilen und der trostlosen Gegenwart des Staats das praktische Ideal eines verjüngten und kräftigern Oestreichs vorzuhalten. Unsere Absicht ist, das durchsetzen zu helfen, was dem Kaiserstaat die einzige Möglichkeit einer gesicherten Zukunft gibt:

Daß ein Ende gemacht werde mit der administrativen Herrschaft der commandirenden Generale; daß das Ministerium Schwarzenberg einem andern Platz mache, welches den Staat nach den Grundsätzen des Programms von Andriani organisiert.

Beide Forderungen wird unsere Partei durchsetzen, aber Schweres wird Oestreich und wir alle bis dahin noch tragen müssen; zunächst wahrscheinlich ein Ministerium von reinen Hochtorns.

## A u s P r a g.

26. April 1850.

Die Bäume grünen wieder! noch vierzehn Tage, und ein Jahr ist um, seit man das ernste Prag, das seit dem Jahre 1620 ernst geblieben, dem Kriegsgesetze ungesetzlich unterwarf, und doch ist in unseren trostlosen Zuständen keine Aenderung eingetreten, es wäre denn, daß sie noch mißlicher, noch hoffnungsloser wurden, als sie das im Jahre 1849 gewesen, als die Bäume wieder grüntem.

Ach, unsere Hoffnungen grünen nicht! Einer Schädelstätte gestorbener Hoffnungen, erstickter Wünsche, zertretener Rechte gleicht unser schönes Vaterland, es siehet einer russisch grünen Zukunft entgegen. Die Willkür wird täglich kühner, und wirthschaftet provisorisch in einer Weise, welche allgemach auch die Gutgesinnten feugig macht und zu der Ansicht bringt, es dürften die ihnen so verhassten Reichstagsdeputirten am Ende dennoch Recht gehabt haben.

Was Maria Theresia, was Joseph der unsterbliche liberale Despot, dem Papismus abgerungen, gibt das Ministerium heute preis, hebet das placetum regium auf, macht nicht die katholische Kirche, wohl aber die Hierarchen frei, überantwortet den niedern Clerus ihrer Allmacht und Willkür, öffnet papistisch-pfäffischem Umtrieb Thür und Thor, welcher sich demnächst der malkontenten Partei des Hochadels verbünden und die Freiheitsselemente Oestreichs ersticken soll.

Die Presse der Hauptstädte wird geknebelt, die Hierarchen aber macht man frei, und ist jesuitisch kühn genug, uns zu sagen, in einem Staate, wo heute alles frei geworden sei, müsse es die Kirche — ? ebenfalls frei sein, das liege in der Consequenz.

Das kaiserliche Dekret, ohne Gegenzeichnung eines Ministers, lautet ganz definitiv, womit uns angedeutet werden soll, diese Frage gehöre gar nicht in das constitutionelle Bereich, ihre Entscheidung sei ein Prärogativ der Krone. Diese entscheidliche Maßregel, welche Oestreich um ein Jahrhundert zurückwirft, ist — so meint man

Grenzboten. II. 1850.